

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Rat der Gemeinde		
Sitzung am:	Dienstag, 07.02.2017		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	20:28 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ratsvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Frank Arntjen SPD bis TOP 4.8, 19:17 Uhr
Herr Edgar Autenrieb DIE LINKE.
Frau Monika Blankenheim SPD
Frau Annegret Bohlen SPD
Frau Gunda Bruns ÖDP
Frau Maria Bruns CDU
Herr Dr. Ulf Burmeister CDU
Herr Michael Cordes FDP
Herr Jonny Deeken UWG
Herr Diethard Dehnert UWG
Herr Henning Dierks SPD
Herr Martin Ebert SPD
Frau Katharina Fischer SPD
Herr Ralf Haake CDU
Herr Dieter Helms CDU
Herr Jan Hullmann UWG
Frau Manuela Imkeit SPD
Herr Bernd Janßen GRÜNE
Herr Arne Keil GRÜNE
Herr Peter Kellermann-Schmidt CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Werner Kruse SPD
Herr Philipp Linnemann CDU
Frau Beate Logemann SPD
Herr Dr. Frank Martin CDU
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Wolfgang Mrotzek ALFA
Herr Jochen Osmers CDU
Herr Stefan Pfeiffer CDU
Herr Ludger Schlüter GRÜNE
Frau Kirsten Schwengels CDU
Herr Norbert Steinhoff FDP
Herr Klaus Warnken CDU

Herr Evert-Geert Wassink CDU
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD

weitere hinzugezogene Personen

Dr. Norbert Hemken

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer
Herr Andreas Gronde
Herr Rolf Oeljeschläger
Frau Sabine Krüger
Frau Marion Claaßen
Frau Heidi Schüll

bis TOP 4.3 einschl.

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	4
2.	Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 13.12.2016 (Nr. 9)	4
3.	Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat	4
3.1.	Städtepartnerschaft mit der amerikanischen Partnerstadt Centerville in Ohio hier: Besuch aus Centerville	4
3.2.	Bachelorarbeit zum Thema „Deutsch-amerikanische Städtepartnerschaften“	5
4.	Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge	5
4.1.	Feststellung der Fraktionen und Gruppen des Rates Vorlage: BV/2017/011	5
4.2.	Umbesetzung von Ausschüssen u. a., Ausschussvorsitze Vorlage: BV/2017/012	7
4.3.	Wahl der stellvertretenden Bürgermeister Vorlage: BV/2017/019	8
4.4.	Programm zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Landkreis Ammerland - Budgetanpassung - WuFT vom 17.01.2017 (Protokoll Nr. 13), TOP 5 - - VA vom 24.01.2017 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.1 - Vorlage: BV/2017/004	8
4.5.	Haushalt 2017 a) Haushaltssatzung b) Stellenplan c) Investitionsprogramm - WuFT vom 14.11.2016 (Protokoll Nr. 2), TOP 9 - - VA vom 06.12.2016 (Protokoll Nr. 7), TOP 7.1 - - WuFT vom 17.01.2017 (Protokoll Nr. 13), TOP 6 -	9

	- VA vom 24.01.2017 (Protokoll Nr. 14) TOP 7.2 - Vorlagen: BV/2016/179, BV/2016/181 Vorlage: BV/2017/001	
4.6.	Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis - VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 19), TOP 7.1 - Vorlage: BV/2017/017/1	13
4.7.	4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Petersfehn I - West - hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss - PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 4 - - VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.2 - Vorlage: BV/2017/009	14
4.8.	Bebauungsplan Nr. 155 - Südlich der Hermann-Ehlers-Straße - sowie dazugehörige 65. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Feststellungs- und Satzungsbeschluss - PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 6 - - VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.3 - Vorlage: BV/2017/005	14
4.9.	Bebauungsplan Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - und dazugehörige 67. Flächennutzungsplanänderung hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegungen sowie Satzungs- und Feststellungsbeschluss - PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 7 - - VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.4 - Vorlage: BV/2017/008	16
4.10.	Benennung von Straßen in Ofen - VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.5 - Vorlage: BV/2017/013	17
5.	Anfragen und Hinweise	17
5.1.	Zustand Parkplatz Teelmann	17
6.	Einwohnerfragestunde	17

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

RM Köster hat vorab angemerkt, dass er sich in der heutigen Ratssitzung auch eine Beratung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 – Feldkamp, Heideweg – sowie der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung Nr. 66 gewünscht hätte. Die Bebauungsplanänderung sei in Zusammenhang mit dem heute auf der Tagesordnung stehenden Bebauungsplan Nr. 155 (TOP 4.7) zu beurteilen.

AL Gronde erklärt, über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 und der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung Nr. 66 habe heute der Verwaltungsausschuss beraten. Es seien noch weitere Verfahrensschritte notwendig (öffentliche Auslegung, Satzungsbeschluss), bis der Rat abschließend entscheide. Die Verwaltung befinde sich in enger Abstimmung mit der Firma EDEKA und den weiteren Beteiligten. Es bestünden enge Verknüpfungen zwischen dem Bauvorhaben der Autofirma und der Erweiterung des Verbrauchermarktes. Nach Aussage der Beteiligten werde mit dem Bauvorhaben der Autofirma nicht eher begonnen, bevor nicht Planungssicherheit für den Verbrauchermarkt bestehe. Die Verwaltung werde dieses auch bei der in-Kraft-Setzung der Bauleitplanungen berücksichtigen.

BM Dr. Schilling ergänzt, dass der Zusammenhang in der politischen Diskussion und Beratung gesehen werde.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 13.12.2016 (Nr. 9)

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 13.12.2016 (Nr. 9) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Städtepartnerschaft mit der amerikanischen Partnerstadt Centerville in Ohio hier: Besuch aus Centerville

In der Zeit vom 14.07.2017 bis 17.07.2017 besucht eine 24köpfige Besuchergruppe aus der amerikanischen Partnerstadt Centerville die Gemeinde. Die Freunde sollen in Gastfamilien untergebracht werden. Für die Unterbringung werden noch Gastfamilien gesucht. Interessierte sollten sich kurzfristig bei Frau Sabine Krüger im Amt für Bildung, Familie, Kultur und Sport, Telefon 04403 604 406 melden.

- 40 -

3.2 Bachelorarbeit zum Thema „Deutsch-amerikanische Städtepartnerschaften“

Frau Anne Nielsen studiert am Kalamazoo-College in Michigan und hat ihre Bachelorarbeit über die deutsch-amerikanischen Partnerschaften geschrieben, mit den Inhalt „Geschichtliche und organisatorische Trends“. In dieser Arbeit hat sie auch die Beziehung der Gemeinde Bad Zwischenahn mit der amerikanischen Partnerstadt Centerville berücksichtigt. Die Bachelorarbeit hat Frau Nielsen der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt. Sie steht den Ratsmitgliedern im Ratsinfosystem zur Verfügung.

- 40 -

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Feststellung der Fraktionen und Gruppen des Rates **Vorlage: BV/2017/011**

RM Dierks erklärt, aus Sicht der SPD-Fraktion sei die geplante Gruppe UWG/LKR eine unzulässige Zählgemeinschaft. Diese Auffassung sehe die SPD-Fraktion in einem Urteil des OVG Lüneburg begründet. Das Urteil erkläre Zählgemeinschaften für unzulässig, wenn der alleinige Zweck darin liege, zusätzliche Ausschuss-Sitze zu erhalten.

Durch zahlreiche schriftliche und veröffentlichte Erklärungen der UWG-Fraktion stelle die SPD-Fraktion fest:

- Der beabsichtigte Zusammenschluss von UWG und LKR sei eine Reaktion auf den Fraktionswechsel des Ratsmitgliedes Deeken von der UWG zur FDP,
- die Gruppenbildung habe für die UWG ausschließlich das Ziel, wieder „volles“ Stimmrecht in einzelnen Fachausschüssen sowie dem Verwaltungsausschuss zu erhalten,
- die UWG-Fraktion habe in Veröffentlichungen betont, dass UWG und LKR „vollständig eigenständig arbeiten“ werden und
- die Gruppe - nach derzeitigem Kenntnisstand der SPD-Fraktion -, keine Gruppenvereinbarung oder ein ähnliches Dokument vorgelegt habe, in dem gemeinsame politische Ziele sowie die Form der organisatorischen Zusammenarbeit formuliert worden seien.

Es reiche nicht aus, lediglich eine Gruppe anzumelden, Ausschüsse untereinander aufzuteilen und dann wieder getrennte Wege zu gehen. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass es sich bei der Gruppe um eine unzulässige Zählgemeinschaft handle. Der Gruppenbildung werde man daher nicht zustimmen.

Sollte die Gruppe heute eine Mehrheitszustimmung finden, dann werde die SPD künftig einen Sitz weniger im Verwaltungsausschuss haben. Damit könne man als guter Demokrat leben, problematisch sehe man, dass ein Vertreter der Partei Liberale Konservative Reformen, die dem rechten Parteienspektrum zuzuordnen sei - was auch entsprechende Veröffentlichungen in sozialen Medien belegen würden -, stärkeren Einfluss in die Ratsarbeit erlange. An Herrn Mrotzek richtet RM Dierks den Hinweis, dass man sich als Mandatsträger mit Parteibuch die Positionen der Partei anrechnen lassen müsse. Die Darstellungen der SPD würden nicht an ihn als Person gerichtet sein.

Die SPD-Fraktion sei sich im Klaren darüber, dass heute durch Mehrheitsbeschluss die Gruppenbildung und Neubesetzung der Gremien zwar „ausgebremst“ werde, die Umsetzung aber auch dann nur aufgeschoben sei. Die SPD erhoffe sich jedoch von einem zeitlichen Aufschub eine Einsicht der UWG und appelliere, von einem Bündnis Abstand zu nehmen.

RM Dehnert erklärt, er sei sehr erstaunt über den Vortrag der SPD-Fraktion. Es sei Sache einer Fraktion/Gruppe, wie die interne Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion/Gruppe aussehe. Die UWG Fraktion mit ihren zunächst 3 Mitgliedern habe nach der Kommunalwahl ein Positionspapier mit 8 Themenbereichen erarbeitet. Er zitiert das 8-Punkte-Programm. Nach dem Wechsel des RM Deeken zur FDP habe man Gespräche mit Herrn Mrotzek geführt und gemeinsame Zielsetzungen ausgelotet. Ziel von Herrn Mrotzek sei es insbesondere, sich für bezahlbaren Wohnraum einzusetzen. Herr Mrotzek habe Objekte im sozialen Wohnungsbau realisiert, auch für die Unterbringung von Flüchtlingen. Nach den Gesprächen sei man zu dem Entschluss gekommen, eine gemeinsame Gruppe zu bilden. Das Positionspapier sei dann von RM Hullmann, RM Mrotzek und ihm unterzeichnet worden.

RM Dr. Martin stellt die Frage, wie die Rechtsauffassung der Gemeinde sei.

FBL Oeljeschläger verweist auf die Beschlussvorlagen. Die Verwaltung sehe die Gruppenbildung der UWG/LKR als zulässig an. Nach dem Wechsel des RM Deeken zur FDP sind für die vergrößerte Gruppe (3 statt vorher 2 Mitglieder) neue Rechte für die Besetzung der Gremien entstanden. Die UWG (2 statt 3 Mitglieder) hat sich dann mit Einzelratsmitglied Mrotzek auf eine Gruppenbildung verständigt, um wieder den Status der bisherigen Größe zu erhalten und weiterhin in den Gremien mit Stimmrecht vertreten zu sein. Er geht auf die bestehende Rechtsprechung und Gesetzeskommentierung ein. Hierin werde sogar die Erringung und Erhaltung von Einflussmöglichkeiten durch eine möglichst große Zahl von Ausschussmitgliedern (Quelle: Kommentierung Thiele) als legitimes Ziel der Bildung von Fraktionen und Gruppen festgestellt. Bei einer Ablehnung der Gruppe UWG/LKR und ihren der Gruppe zustehenden Sitzen mit Stimmrecht könne die Gruppe eine kommunalverfassungsrechtliche Klage gegen den Beschluss einreichen. Auf Nachfrage des RM Dr. Martin erklärt FBL Oeljeschläger, dass die Kosten eines möglichen Verfahrens von der Gemeinde zu tragen seien.

Aus der Mitte des Rates wird der Wunsch nach einer Sitzungsunterbrechung vorgetragen, um sich innerhalb der Fraktionen zu beraten.

RV Finke unterbricht die Sitzung gegen 17:30 Uhr. Die Sitzung wird um 17:43 Uhr wieder durch den RV Finke eröffnet.

RM Dehnert erklärt, er sei bisher nicht davon ausgegangen, dass der Gemeinde eine schriftliche Vereinbarung der Gruppenmitglieder vorzulegen sei. Das könne er jedoch gerne nachholen und überreicht das von den 3 Mitgliedern der Gruppe unterzeichnete Positionspapier an BM Dr. Schilling.

RM Dierks nimmt zur Kenntnis, dass die Gruppe UWG/LKR in einem Positionspapier ihre Zusammenarbeit erklärt habe. Diese Mitteilung habe er sich im Vorfeld der Ratssitzung gewünscht. Die SPD-Fraktion habe in der fraktionsinternen Beratung anerkannt, dass die zu Beginn der Aussprache dargelegte Rechtsauffassung nicht durchsetzbar sei, gleichwohl werde man der Gruppenbildung und Sitzverteilung nicht zustimmen. Man habe weiterhin Probleme mit den Positionen der LKR.

RM Frau Bruns erklärt, dass es Fakt sei, dass wenn heute kein Beschluss zur Ausschussbildung zustande komme, die Gruppe UWG/LKR eine gerichtliche Entscheidung anstreben könne. Die Kosten habe die Gemeinde zu tragen und in zwei Monaten werde sich der Rat wieder mit dem Thema zu befassen haben. Dass die CDU-Fraktion der Gruppen- und Ausschussbildung zustimmen werde sei keine politische Wertung oder Zustimmung der Zusammenarbeit mit der UWG und der LKR.

RM Schlüter sieht zum einen die politische Wertung der Zusammenarbeit und zum anderen die Gruppenmitteilung und Ausschussbesetzung. Der Rat habe es zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die neue Gruppe UWG/LKR gebildet habe. Aus politischer Sicht könne er

die Argumentation der SPD-Fraktion nachvollziehen, der Feststellungsbeschluss zur Gruppen- und Ausschussbildung sei jedoch zu fassen.

Beschluss:

Der Rat stellt die Fraktionen und Gruppen sowie die Zahl der Mitglieder fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	1

- 10 -

4.2 Umbesetzung von Ausschüssen u. a., Ausschussvorsitze
Vorlage: BV/2017/012

BM Dr. Schilling trägt aus der Beschlussvorlage die Änderungen in den Ausschussbesetzungen vor.

Die Fraktionen/die Gruppe teilen die noch ausstehenden Veränderungen in der Gremienbesetzung mit.

Für die SPD Fraktion werden im VA als Beigeordnete die Ratsmitglieder Dierks und Frau Logemann benannt. Die FDP-Fraktion und die Gruppe UWG/LKR, die jeweils mit einem Beigeordneten im VA vertreten sind, benennen die beiden anderen Fraktions- und Gruppenmitglieder als stellvertretende Beigeordnete. Dem Betriebsausschuss für den Baubetriebshof gehören von der CDU-Fraktion die Ratsmitglieder Helms und Wassink an.

Den Vorsitz im Schulausschuss übernimmt die FDP, Ratsmitglied Cordes. Stellv. Ausschussvorsitzender ist RM Mrotzek von der Gruppe UWG/LKR.

Die aktuelle Besetzung der Gremien ist den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden.

Beschluss:

Der Rat stellt die geänderten Ausschussbesetzungen sowie die Änderungen in den Aufsichtsräten der Kurbetriebsgesellschaft mbH und der Touristik GmbH gemäß § 71 Absatz 5 NKomVG fest.

Dem Gesellschafter wird die Weisung erteilt, die genannten Personen in die Aufsichtsräte der Kurbetriebsgesellschaft mbH und der Touristik GmbH zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	15
Stimmenthaltungen:	-

- 10 -

4.3 Wahl der stellvertretenden Bürgermeister
Vorlage: BV/2017/019

Aus formalen Gründen (Umbesetzung des VA) sei eine Neuwahl der stellv. Bürgermeister erforderlich, berichtet BM Dr. Schilling. Es bestehe unter den Fraktionen/Gruppen Einverständnis, die gleichen Kandidaten, die bei der konstituierenden Sitzung des Rates am 01.11.2016 gewählt wurden, zur Wiederwahl vorzusehen und en bloc abzustimmen.

Dieser Verfahrensweise wird einmütig zugestimmt.

Zur Wahl stehen somit RM Dierks als Erster stellv. Bürgermeister und die RM Finke und Dr. Martin als gleichberechtigte Zweite stellv. Bürgermeister.

Beschluss:

Gewählt werden:

RM Dierks als Erster stellv. Bürgermeister

RM Finke und RM Dr. Martin als gleichberechtigte Zweite stellv. Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	2

- 10 -

4.4 Programm zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Landkreis Ammerland - Budgetanpassung
- WuFT vom 17.01.2017 (Protokoll Nr. 13), TOP 5 -
- VA vom 24.01.2017 (Protokoll Nr. 14), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2017/004

Beschluss:

Der Budgetanteil der Gemeinde an der kommunalen KMU-Förderung wird für die Jahre 2017 bis 2020 um jeweils 23.000,00 € jährlich erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	-

- 10 -

4.5 Haushalt 2017

a) Haushaltssatzung

b) Stellenplan

c) Investitionsprogramm

- WuFT vom 14.11.2016 (Protokoll Nr. 2), TOP 9 -

- VA vom 06.12.2016 (Protokoll Nr. 7), TOP 7.1 -

- WuFT vom 17.01.2017 (Protokoll Nr. 13), TOP 6 -

- VA vom 24.01.2017 (Protokoll Nr. 14) TOP 7.2 -

Vorlagen: BV/2016/179, BV/2016/181

Vorlage: BV/2017/001

Die Gesamtzahlen des Haushalts 2017 sowie der Entwurf der Haushaltssatzung sind in der Sitzung nochmals an die Ratsmitglieder verteilt worden.

Stellungnahme Kämmerer

FBL Oeljeschläger geht zunächst auf das Verfahren und den Haushalt 2016 ein. Aufgrund der Kommunalwahlen und der Neukonstituierung des Rates sei es nicht möglich gewesen, den Haushalt in der Dezember-Sitzung des Rates zu verabschieden. Nach Einbringung des Haushalts im WuFT am 14.11.2016 und den anschließenden Beratungen der Fachausschüsse hätten der WuFT am 14.01. und der VA am 24.01. jeweils einstimmig den Haushalt an den Rat weitergeleitet. Der Haushalt 2016 belaste den Haushalt 2017 in mehrfacher Hinsicht. Es begannen bereits viele Maßnahmen in 2016, die in 2017 fortgeführt werden. Der Ergebnishaushalt 2016 schließe mit einem Überschuss von rd. 5 Mio. € ab. Aufgrund der hohen Steuereinnahmen werde der Finanzausgleich 2017 dadurch um rd. 3,7 Mio. € geringer ausfallen. Die Höhe der Steuerkraft belaste die Gemeinde zeitversetzt. Dies sei ein Grund dafür, den guten Kassenbestand der Gemeinde 2017 auch zur Finanzierung von Tilgung und Investitionen einzusetzen.

Zum vorliegenden Haushalt 2017 erklärt FBL Oeljeschläger, dass auch für 2017 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne. Der Ergebnishaushalt schließe mit einem Überschuss von rd. 850.000 € ab. Den Gesamterträgen von 40,5 Mio. € stehen Aufwendungen von 39,7 Mio. € entgegen. Insgesamt reichen die Überschüsse aber nicht aus, um die Tilgung der Altschulden und die Investitionen zu finanzieren. Der Rest müsse somit aus den guten Kassenbeständen finanziert werden. In 2018 würden die Überschüsse wieder ausreichen, um die Tilgung und die Investitionen zu finanzieren. Für den Haushalt 2017 könne festgestellt werden, dass die rechtliche Hauptpflicht erfüllt sei. Die Finanzen der Gemeinde seien geordnet und auch die finanzielle Leistungsfähigkeit sichergestellt. Ziel müsse weiterhin sein, neben der Sanierung des Gemeindevermögens einen weiteren Schuldenabbau zu erreichen.

FBL Oeljeschläger geht im weiteren Vortrag auf die anstehenden Investitionen/Maßnahmen ein.

Stellungnahme CDU-Fraktion

Positiv sei, so RM Frau Bruns, dass trotz großer Investitionen keine Neuverschuldung entstehe. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen ziehe eine Verringerung des Finanzausgleichs nach sich. Die Kreisumlage sei gesenkt worden, die Gemeinde müsse weniger an den Kreis zahlen. Doch der Haushalt sei knapp gerechnet. Wenn Maßnahmen plötzlich teurer ausfallen - sie erinnert an die Kostensteigerung bei der Mensa Petersfehn um rd. 125.000 € -, sei die schwarze Null oder besser gesagt die rote Null dahin. Dieses liege nicht an geringeren Einnahmen, die Gemeinde habe ein Ausgabeproblem. Trotz der hohen Einnahmen und des guten Kassenbestandes könne die Gemeinde in 2017 keine Schulden abbauen. Sie frage sich, wann dann die Schulden abgebaut werden können.

Auf der Ausgabenseite seien einige große Investitionen zu finanzieren. Der Ansatz für die Sanierung der Straßen sei zwar von 600.000 € auf 400.000 € zurückgefahren worden, dafür werde in diesem Jahr aber die bereits mehrfach zurückgestellte Sanierung der Ahornstraße durchgeführt. Der Imkerweg werde mit rd. 200.000 € saniert, obwohl dort nur wenige Anlieger wohnen. Weitere Straßen seien sanierungsbedürftig, wie z. B. die Weetkornstraße. Im Wort stehe die Gemeinde bei den Petersfehner Bürgern für den Bau des neuen Sportplatzes. Der Sportplatz koste 486.000 € und die Erschließung 300.000 €. Für die Maßnahme sei ursprünglich eine Gegenfinanzierung aus dem Verkauf von Baugrundstücken in dem Bereich vorgesehen gewesen. Diese Gegenfinanzierung entfalle, da das Projekt wegen der hohen Erschließungskosten für das Baugebiet aufgegeben wurde. Durch die Übertragung von Immobilien von der KBG auf die Gemeinde kommen Sanierungskosten für das Strandcafé, den Kurpark und das Wellenhallenbad auf die Gemeinde zu. Der Rat habe sich mehrheitlich für den Erhalt des Wellenhallenbades ausgesprochen. Wenn jetzt rd. 4,5 Mio. € hierfür „in die Hand genommen“ werden sollen, sei es dann sinnvoll, das Bad nur in technischer Hinsicht zu sanieren ohne dass die Attraktivität verbessert werde? Sie erinnere an den Ratsbeschluss aus 2015: Die Sanierungsmaßnahme stehe unter dem Vorbehalt, dass die beantragten Bundesmittel gewährt werden. Sollte die Gemeinde keine Förderung in entsprechender Höhe erhalten, sei die Maßnahme neu zu beraten. Aus diesem Grund sei es nachvollziehbar, die Maßnahme mit einem Sperrvermerk zu versehen und ein Sanierungskonzept im Hinblick auf die touristische Entwicklung der Gemeinde zu erarbeiten. Sie verweist dabei auf ein touristisches Gutachten aus 2009, dass ohne zusätzliche Entwicklungsimpulse nur von einem geringen Wachstum von jährlich gut einem Prozent ausgehe. Diese Steigerung sei bisher jedoch nicht zu verzeichnen, insofern sei ein Gesamtkonzept notwendig.

Die Gemeinde habe auch Pflichtaufgaben zu erfüllen, wie die Entwicklung der Oberschule und des Gymnasiums, die Erweiterung des Krippenangebotes, die Sanierung von Straßen und Fahrradwegen. Die CDU werde konsequent Prioritäten setzen, damit die Aufgaben der Gemeinde dauerhaft erfüllt werden können. Trotz der aufgezählten Risiken und den hohen Investitionen werde die CDU-Fraktion mehrheitlich dem Haushalt zustimmen, stellt RM Frau Bruns abschließend fest.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Der Gesamthaushalt 2017 stehe auf einem finanziell sicheren und somit festen Fundament, stellt RM Mickelat fest. Unterm Strich verbleibe im Ergebnishaushalt nach Abzug aller Kosten für gemeindliche Aufgaben ein Einnahmeüberschuss von 850.000 € und es könnten Investitionen von 9 Mio. € mit rd. 5 Mio. € aus dem Kassenbestand der Gemeinde finanziert werden. Die Gemeinde werde keine neuen Schulden machen. Darüber hinaus sei es in den letzten 10 Jahren gelungen, den Schuldenstand deutlich um rd. 10 Mio. € zu verringern. Zugleich konnte der Investitionsstau verringert werden, schwerpunktmäßig im Schulbereich, im Kita-Bereich und in der Straßensanierung. Für den Kita-Bereich stelle der Bund den Ländern Sondermittel von rd. 106 Mio. € zur Verfügung. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass die Verwaltung entsprechende Förderanträge für die Schaffung weiterer Kita-Plätze auf den Weg gebracht habe und verbesserte Rahmenbedingungen, z. B. statt 25 Kinder nur noch 20 Kinder, entstehen.

Bei den Ausgaben 2017 werde für den Ankauf von Industrieflächen ein Betrag von 1,6 Mio. € zur Verfügung gestellt. In den vergangenen Jahren hätten Betriebe an- oder umgesiedelt werden können und es seien neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Betriebe könnten durch Gemeinde und Landkreis mit KMU-Mitteln in Höhe von 75.000 € gefördert werden. Die Gemeinde stelle weitere Baulandflächen, z. B. in Ofen, zur Verfügung. Die Vielzahl von Bewerbungen zeige den großen Bedarf an. Die demografische Entwicklung sei ebenfalls zu berücksichtigen, sei es im Bereich betreutes oder barrierefreies Wohnen. Ein großer Ausgabenansatz sei die Anlegung eines Sportplatzes in Petersfehn von rd.

700.000 €. Die Kostenentwicklung habe auch die SPD-Fraktion nachdenklich gestimmt. Die Anlegung sei jedoch für die gewachsenen Bauerschaften Petersfehn I und II erforderlich. Die Kostenentwicklung bei der neuen Mensa der Grundschule Petersfehn auf rd. 796.000 € übersteige die Vorstellungen der Fraktion.

Erfreulich sei die eingeplante Sanierung der Ahornstraße.

Im Interesse der zukünftigen Entwicklung der KBG habe die Gemeinde das Wellenbad, den Strandpark und das Strandcafé übernommen. Das Wellenbad stehe nach wie vor in der Diskussion über die Sanierung und Attraktivierung. Die Gemeinde benötige ein saniertes und modernisiertes Wellenbad als herausragendes Angebot für Bürger und Gäste. Das Strandcafé werde modernisiert und dann hoffentlich wieder vom Betreiber gästefreundlich geöffnet.

In der politischen Diskussion seien zurzeit die Kita-Gebühren wegen Gebührensätze. In der nächsten Fachausschuss-Sitzung werde die Angelegenheit beraten. Eine Beordnung müsse dann ggf. mit einem Nachtragshaushalt umgesetzt werden.

Die gute Haushaltspolitik der vergangenen Jahre sei auch in den nächsten Jahren zu verfolgen. Die Gemeinde müsse antizyklisch handeln, ganz nach dem Sprichwort „Spare in guten Zeiten, dann hast du mehr in der Not“. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt 2017 mit Stellenplan und Investitionsprogramm zustimmen, schließt RM Mickelat seine Ausführungen ab.

Stellungnahme der Fraktion GRÜNE

RM Schlüter geht zunächst auf die Fachausschuss-Beratungen des Haushalts 2017 ein. Diskutiert worden sei über die Einstellung eines Außendienst-Mitarbeiters im Ordnungsamt für Kontrollaufgaben. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden. Weiterhin ist die Parkplatzsituation diskutiert worden. Die Verwaltung ist beauftragt worden, ein Konzept zu erarbeiten. Der Bedarf sei zu ermitteln und die Ist-Situation festzustellen. Er geht dann auf einigen Ausgabenpositionen des Haushalts 2017 ein. Die Realschule werde für rd. 1 Mio. € in einem weiteren Bauschritt saniert. Beim Gymnasium werde zusätzlicher Raumbedarf für die Wiedereinführung des 13. Schuljahres entstehen. Im Kindertagesstättenbereich seien die Gebühren, insbesondere für Geschwisterkinder, zu überprüfen. Das Wellenbad sei im Bestand der Gemeinde und müsse saniert, aber nach Auffassung des WuFT auch attraktiviert werden. Benötige man überhaupt noch die Wellen? Es sei deshalb die richtige Schlussfolgerung, den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

RM Schlüter verweist dann auf den **Antrag** der Fraktion GRÜNE, der zu Beginn der Sitzung nochmals an die Ratsmitglieder verteilt wurde und bittet, separat über diesen Antrag abzustimmen. Die Anlegung des Sportplatzes sei zu schieben und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Refinanzierung der Maßnahme sollte zunächst über den Verkauf von Grundstücken in dem Bereich finanziert werden. Diese Überlegungen seien angesichts der hohen Erschließungskosten für die Baugrundstücke verworfen worden und die Anlegung solle komplett aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden. Nach Ansicht der Fraktion GRÜNE sollten, wie im Antrag dargestellt, alternative Erschließungsmöglichkeiten geprüft werden. Die Notwendigkeit eines zweiten Sportplatzes werde grundsätzlich nicht angezweifelt.

Stellungnahme der Gruppe UWG/LKR

Die Gemeinde sei mit ihrem Haushalt 2017 auf einem guten Weg, erklärt RM Dehnert, aber es sei noch nicht zufriedenstellend. Ziel müsse es sein, Verlustbringer zu reduzieren. Der Bestand des Wellenbades sei vom Rat mehrheitlich entschieden worden. Er sehe aber

noch kein Konzept, wie die Sanierung zu finanzieren sei. Die UWG habe sich bei der Grundsatzdiskussion Wellenbad für ein Ganzjahresbad und nicht für die jetzt bestehenden 3 Bäder ausgesprochen. Bei den Kita-Gebühren sei die landespolitische Entwicklung abzuwarten, vielleicht erledige sich die Angelegenheit. Insgesamt betrachtet sei die Gruppe UWG/LKR nicht unzufrieden mit der Haushaltsentwicklung und werde dem Haushalt zustimmen.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

RM Steinhoff begrüßt, dass der Haushalt 2016 positiv abgeschlossen werden könne und ein weiterer Schuldenabbau von gut 2 Mio. € möglich werde. Es bleibe die Einnahmeentwicklung für 2017 abzuwarten. Der Haushaltentwurf für 2017 sei vorsichtig und konservativ geplant. Die Risiken der Weltwirtschaft durch wegfallende Märkte (Brexit, Sanktionen gegen Russland) und daraus resultierende Umsatzeinbußen seien präsent. Die Maßnahmen in 2017 gingen teilweise auf Beschlüsse vor den Kommunalwahlen 2016 zurück. Bei der Sanierung des Wellenbades sehe die FDP-Fraktion auch das Erfordernis einer Attraktivitätssteigerung. Grundsätzlich müsse es Ziel sein, Verluste zu reduzieren. Die Sanierung des Strandcafés müsse durch entsprechende Pachteinnahmen refinanziert werden.

Die FDP-Fraktion werde dem Haushalt 2017 zustimmen. Man werde sehr darauf achten, dass keine zusätzlichen Schulden für die Gemeinde entstehen. Dazu gehöre auch ein vernünftiges Tourismuskonzept. Die Sanierung der Schulen und Straßen stehe im Vordergrund, die Verkehrs- und Parkplatzsituation müsse begutachtet werden.

Stellungnahme der Gruppe ÖDP/DIE LINKE.

RM Autenrieb stellt fest, dass in der bisherigen Aussprache ein „Jammern auf hohem Niveau“ wahrzunehmen sei. Es werde ein zusätzlicher Sportplatz in Petersfehn geschaffen obwohl dort ein Sportplatz vorhanden sei. Eine Straße werde für ein paar Anlieger saniert obwohl die Schäden durch landwirtschaftliche Fahrzeuge entstanden seien. Mittel würden für Luxusprodukte ausgegeben, das Geld werde zum Fenster herausgeworfen. Mittel für Integrationsarbeit seien im Haushaltsplan nicht enthalten und mit über 1000 Seiten sei der Plan nicht einfach zu lesen.

Stellungnahme des Bürgermeisters

BM Dr. Schilling erinnert an die Situation vor 10 Jahren. Damals seien kaum neue Investitionen möglich gewesen. In den letzten Jahren seien neue Aufgaben hinzugekommen. Die Gemeinde habe in Krippen und Schulen investiert. Die Gebäudesubstanz sei heute insgesamt in einem guten Zustand. Im Jahr 2016 sei ursprünglich eine Neuverschuldung von rd. 1 Mio. € erwartet worden. Durch die sinkenden Flüchtlingszahlen sei dies nicht eingetroffen und die Gemeinde konnte sich weiter entschulden. Der Landkreis habe erhebliche Mehreinnahmen durch Bundes- und Landesmittel verzeichnen und deshalb die Kreisumlage für die Gemeinden reduzieren können.

Der beantragte Sperrvermerk bei der Neuanlegung des Sportplatzes in Petersfehn sei nicht praktikabel, da es aus 2016 bereits Verpflichtungsermächtigungen gebe. Es sei außerdem zu berücksichtigen, dass nicht nur ein Sportplatz angelegt sondern auch eine Vorhaltefläche für den Kindergarten und die Voraussetzung für ein neues Schützenhaus geschaffen werde. Die finanzielle Situation der Gemeinde habe sich durch die gute steuerliche Entwicklung, aber auch durch die teilweise deutliche Einsparung bei den Energie- und Reinigungskosten verbessert. Die Zinslast für die Schulden konnte in den letzten 10 Jahren von 1,6 Mio. € auf 600.000 € reduziert werden.

Die von der KBG übernommenen Liegenschaften seien allesamt sanierungsbedürftig. Die Gemeinde habe die Objekte übernommen, damit die Klinikgebäude saniert und die Onkologie erweitert werden könne. Mit der KBG sei ein Betriebsführungsvertrag für den Betrieb des Wellenbades geschlossen worden. Nachdem die Gemeinde keine Fördermittel des Bundes erhalten hat, ist der Schwerpunkt auf die Sanierung zu legen. Nach wie vor werde versucht, Mittel aus anderen Fördertöpfen zu erhalten. Dieses sei grundsätzlich auch bei anderen Maßnahmen vorgesehen. Durch gezielte Werbemaßnahmen werde angestrebt, die Besucherzahlen zu steigern.

Bad Zwischenahn sei für Gäste attraktiv, das zeige sich jedes Wochenende. Ein Parkplatzproblem bestehe höchstens an den Wochenenden. Die Personalfrage für das Ordnungsamt sei auch hausintern diskutiert worden. Letztendlich sei im Verwaltungsausschuss eine Personalmehrung für Kontrollaufgaben abgelehnt worden.

Zunächst wird über den **Antrag** der Fraktion GRÜNE wegen des Sperrvermerks beim neuen Sportplatz in Petersfehn abgestimmt. Der **Antrag** wird bei 7 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Haushalt inkl. Haushaltssatzung 2017 und Stellenplan sowie das Investitionsprogramm 2017 bis 2020 werden in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	-

-20 -

4.6 Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis **- VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 19), TOP 7.1 -** **Vorlage: BV/2017/017/1**

Beschluss:

1. Herr Hartmut Schaffer wird mit Wirkung zum 10.03.2017 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Aschhausen ernannt.
2. Herr Renke Harbers wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Ohrwege ernannt.
3. Herr Andreas Brüntjen wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Ohrwege ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 32 -

4.7 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Petersfehn I - West - hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
- PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 4 -
- VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2017/009

RM Janßen erklärt, die Fraktion GRÜNE sehe die Notwendigkeit, einen weiteren Sportplatz in Petersfehn anzulegen. Trotzdem werde die Fraktion dagegen abstimmen, da die Refinanzierung für das Projekt fehle. Ein Teil des Areals sei ursprünglich für eine Bebauung vorgesehen gewesen. Der Verkauf der Grundstücke sollte zur Refinanzierung dienen. Von diesen Überlegungen habe man im Laufe des Verfahrens Abstand genommen, weil vor einem Verkauf von Grundstücken das Hochmoorareal hätte abgetragen werden müssen. Nach Auffassung der Fraktion GRÜNE sollten weitere Alternativen überlegt werden, um die restliche Fläche erschließen zu können.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Petersfehn I - West - mit Begründung (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB) vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Petersfehn I - West - mit Begründung (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB) wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltungen:	-

- 61 -

4.8 Bebauungsplan Nr. 155 - Südlich der Hermann-Ehlers-Straße - sowie dazugehörige 65. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Feststellungs- und Satzungsbeschluss
- PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 6 -
- VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2017/005

RM Schlüter gibt zu bedenken, welches Hauptanliegen Ursache für die Aufstellung des Bebauungsplanes sei. Der Edeka-Markt in Ofen beabsichtige eine großzügige Erweiterung des Marktes und die auf dem Grundstück ansässige Autofirma müsse sich ein neues Betriebsgrundstück suchen. Für die Autofirma solle jetzt eine Wiese südlich der Hermann-Ehlers-Straße für die Umsiedlung bereitgestellt und als Mischgebietsfläche ausgewiesen werden. Die Fraktion GRÜNE halte dies für einen großen Fehler und werde den Beschlussvorschlag ablehnen.

Die Gruppe ÖDP/DIE LINKE. sei ebenfalls gegen die Bebauung der Wiese, erklärt RM Autenrieb. Die Grundversorgung Ofens müsse zwar gewährleistet sein, aber in Richtung Wechloy sehe er auch noch Möglichkeiten, die Autofirma anzusiedeln.

Die Nahversorgung Ofens müsse Vorrang haben, macht RM Arntjen deutlich. Die Firma Edeka beabsichtige am bisherigen Standort einen Vollsortimenter mit angemessener Verkaufsfläche zu bauen. Wie wichtig eine Nahversorgung sei, habe man auch in Elmendorf gesehen. Der kleine Markt habe dort „nicht überleben können“.

RM Köster erinnert daran, dass der Markt in Ofen in den 80iger Jahren auf 500 qm erweitert worden sei. Die Grundversorgung Ofens sei bis heute gewährleistet. Die Firma Edeka beabsichtige eine Erweiterung auf rd. 1.300 qm Verkaufsfläche, eine Verdreifachung der Fläche. Bisher seien alle anderen Lösungsvorschläge abgelehnt worden. Die Ansiedlung der Autofirma auf einer naturnahen Fläche an der Hermann-Ehlers-Straße halte er nicht für gut.

RM Frau M. Bruns geht auf die Unterschriftenaktion in der Bauerschaft Ofen ein. Über 1.700 Bürgerinnen und Bürger hätten sich für die geplante Erweiterung des Marktes am bisherigen Standort ausgesprochen. Mehrere alternative Standorte für die Autofirma seien geprüft, aber verworfen worden. Die Angelegenheit sei auch für den Eigentümer der Autofirma nicht leicht, der eine komplett neue Betriebsstätte bauen müsse. Zugunsten der Grundversorgung habe er jetzt einer Umsiedlung eingewilligt. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde die CDU-Fraktion zustimmen, obwohl es keine optimale Lösung sei.

RM Cordes verweist auch auf die rd. 1.700 Unterschriften aus der Bauerschaft Ofen zugunsten des Marktes hin. Auch der OBV Ofen sehe die Erweiterung des Edeka-Marktes positiv. Die Angelegenheit werde bereits seit Sommer 2016 in Ofen sehr emotional diskutiert. Nach Abwägung aller Interessen werde die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

RM Autenrieb macht nochmals deutlich, dass er nicht gegen die Erweiterung des Edeka-Marktes sei. Er spreche sich gegen die Aussiedlung der Autofirma auf den naturnahen Bereich südlich der Hermann-Ehlers-Straße aus. Die Firma hätte seiner Auffassung nach auch in Richtung Wechloy verlegt werden können.

Die ursprüngliche Entscheidung, bei dem Edeka-Markt eine Autofirma anzusiedeln, sei schon unglücklich gewesen, erklärt RM Hullmann. Er sei zwar für die Erweiterung des Marktes aber gegen die Ansiedlung der Autofirma auf der Wiese.

Die Ansiedlung der Autofirma auf der Wiese sei für den Betreiber eine Kompromisslösung, führt RM Mickelat aus. Andere Standorte seien geprüft, aber aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar gewesen. Für Ofen werde ein Vollsortimenter benötigt, die Bauerschaft entwickle sich stetig. In Petersfehn habe man die Standortfrage seinerzeit vorbildlich lösen können. In Ofen stehe nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung.

Die Firma Edeka hätte auch einen kleineren Markt von 900 qm bis 1.000 qm vorsehen können, die sei aber abgelehnt worden, erinnert RM Köster. Die Mehrheit der Bürger, das sehe er auch so, sei wohl für die große Erweiterung des Marktes. Es müssten allerdings auch die Argumente einer Minderheit berücksichtigt werden.

RM Kellermann-Schmidt verweist auf die vielen Interessenten, die sich derzeit um einen Bauplatz in Ofen bewerben. Die Bauerschaft wachse stetig. Der Bedarf für einen großen Markt sei gegeben.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen der 65. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes Nr. 155 - Südlich der Hermann-Ehlers-Straße - mit den jeweiligen Begründungen und Umweltberichten vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Es wird der Feststellungsbeschluss zu der 65. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht gefasst.
3. Der Bebauungsplan Nr. 155 - Südlich der Hermann-Ehlers-Straße - wird als Satzung mit Begründung und Umweltbericht beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	1

- 61 -

4.9 Bebauungsplan Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - und dazugehörige 67. Flächennutzungsplanänderung hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegungen sowie Satzungs- und Feststellungsbeschluss
- PIEnUm vom 06.02.2017 (Protokoll Nr. 15), TOP 7 -
- VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2017/008

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen der 67. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung mit den jeweiligen Begründungen und Umweltberichten vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Es wird der Feststellungsbeschluss zu der 67. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht gefasst.
3. Der Bebauungsplan Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung wird als Satzung mit Begründung und Umweltbericht beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

4.10 Benennung von Straßen in Ofen
- VA vom 07.02.2017 (Protokoll Nr. 16), TOP 7.5 -
Vorlage: BV/2017/013

Beschluss:

Die Planstraße A wird mit „Am Fliegerhorst“ und die Planstraße B mit „Wittingskamp“ benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Zustand Parkplatz Teelmann

RM Helms weist darauf hin, dass sich der Parkplatz Teelmann in einem schlechten Zustand befinde. Er bittet um Prüfung.

- 66 -

6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von den Besuchern gestellt.

Nicht öffentlicher Teil

RV Finke schließt die Sitzung.

Dr. Arno Schilling
Bürgermeister

Jochen Finke
Ratsvorsitzender

Heidi Schüll
Protokoll

Veröffentlicht: Hauptamt